

Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.

Thesen zur Eigentumskonferenz (17. 11. 2016)

1. Seit der Niederlage des Realsozialismus vor einem viertel Jahrhundert und der danach nahezu weltweiten Herrschaft des internationalen Finanzkapitals hat sich die Welt radikal verändert. 25 Jahre weitgehend ungebremsste Ausbreitung des Kapitals haben menschlich, politisch, wirtschaftlich, militärisch, sozial, kulturell, juristisch und ökologisch zu verheerenden Auswirkungen geführt. Diese Entwicklung verstärkt sich ständig. Milliarden Menschen werden die elementarsten Menschenrechte auf Leben, Ernährung, Wohnung, Gesundheit und Bildung vorenthalten. Aber-Millionen sterben durch Kriege, Flucht, Hunger, Krankheit.
2. Widerstand gegen diese die Existenz großer Kreise der Menschheit bedrohenden Entwicklungen regt sich – wenn überhaupt – gegen Einzelercheinungen: Krieg, TIPP und CETA, Umweltzerstörung, Finanzkrisen etc. Das ist nicht zu unterschätzen und sollte wesentlich erweitert werden, ohne Vorbehalte.
3. Die Wurzeln für die zerstörerischen Erscheinungen werden damit jedoch weder bloßgelegt noch bekämpft. In regelmäßigen Abständen wird medienwirksam die perverse Ungerechtigkeit in der Verteilung des Reichtums thematisiert: 1 Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr Vermögen als die „restlichen“ 99 Prozent. Konzentrationsprozess weiter steigend. Wirksame Schlussfolgerungen daraus werden nicht gezogen, sondern statt dessen über die Schließung von Steuerschlupflöchern fabuliert.
4. Linke Parteien und Bewegungen thematisieren in der Eigentumsfrage vorrangig die Notwendigkeit, die Privatisierung von Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu stoppen bzw. rückgängig zu machen. Das ist jedoch bei aller Notwendigkeit nur ein Teilproblem.
5. Die grundlegende Ursache für das Elend auf der Welt liegt im kapitalistischen System. Und das kapitalistische System beruht auf dem Privateigentum an Produktions- und Finanzmitteln in immer weniger Händen. Es ist die Basis für die weltweite Ausbeutung von Mensch und Natur. Wenn man die zerstörerischen Erscheinungen beseitigen will, muss dieses Privateigentum beseitigt werden.
6. Vielen Linken – auch Teilen in der Partei DIE LINKE in Deutschland – ist diese simple, historisch bewiesene Binsenweisheit abhanden gekommen. Statt das System durch Beseitigung des Privateigentums als Ganzes überwinden zu wollen, wird die weltweit gescheiterte Illusion geweckt, durch Mitregieren und Mitbestimmen eine sozial gerechte Gesellschaft erreichen zu können.
7. Die Grundfrage der Bewegung wird „vergessen und ausgeklammert“. Das Kommunistische Manifest postuliert: *In diesem Sinne können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums zusammen fassen.* Das ist keine theoretisch zu diskutierende

Auffassung, sondern bis heute die Erfahrung aller geschichtlich revolutionären Gesellschaftsveränderungen.

8. Das Kapital und seine politische Klasse haben diese Lektion – ohne Marx studiert zu haben - verinnerlicht. Sie verteidigen und erweitern „ihr“ Privateigentum mit allen verfügbaren politischen, ökonomischen, militärischen und juristischen Möglichkeiten.
9. Bei der konterrevolutionären Annexion der DDR war es das dominierende Ziel, das Volkseigentum in private Hände zurück zu transformieren. Diese Maßnahmen waren von langer Hand durch Adenauers Forschungsbeirat für gesamtdeutsche Fragen vorbereitet und wurden brutal gegen die Interessen des Volkes durchgesetzt.
10. Das Ergebnis: Bauernland zurück in Junkerhand. Volkseigentum in Bankrott treiben und dann für einen „Appel und ein Ei“ an private westdeutsche Hände verschenken. Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit treiben, die Jugend ihrer Perspektive berauben, ganze Landstriche in Ödland verwandeln.
11. Es ist zum vorrangigen Bedürfnis heutiger „linker“ Politiker geworden, insbesondere, wenn sie Regierungsverantwortung anstreben oder ausüben, das Volkseigentum der DDR, insbesondere das Staatliche Eigentum, als Ursache für Mangelwirtschaft, Unproduktivität und Pleitewirtschaft zu diffamieren. Die Folge ist, dass die Menschen von einer Rückbesinnung zu einer sozial gerechten sozialistischen Gesellschaft abgehalten werden. Statt dessen bedienen sich diese „Linken“ hohler Phrasen über eine sozial gerechte „Umverteilung von oben nach unten“. Derweil verteilt die praktische Politik weiter von unten nach oben um.
12. Das sozialistische Eigentum in der DDR bestand gemäß Verfassung im gesamtgesellschaftlichen Volkseigentum, genossenschaftlichem Gemeineigentum und Eigentum gesellschaftlicher Organisationen. Es war die ökonomische Basis für ein Gesellschaftssystem des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Befreit vom Zwang, unter allen Umständen Profit zu machen, war der sozialistischen Wirtschaft die Ausbeutung des eigenen Volkes und fremder Völker fremd. Sie nahm Produktivitäts- und Effektivitätsverluste in Kauf, unterstützte solidarisch unterentwickelte Völker statt sie auszuplündern.
13. Auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums und der staatlichen Planung vollzog sich in der DDR eine wirtschaftliche Entwicklung, die im Tempo und der Stabilität die der Bundesrepublik übertraf. Der nach der Spaltung Deutschlands „bettelarme“, durch Reparationen, Embargo, Währungs- und Handelsmanipulationen und offene Grenzen ausgeplünderte Staat DDR erreichte weitgehend ohne innere und äußere Verschuldung auf vielen Gebieten ein soziales Niveau, das über dem der Bundesrepublik lag. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Drogenabhängigkeit, Zukunftsangst, Unsicherheit im öffentlichen Leben waren Fremdworte. Preise und Tarife waren stabil, Gesundheitsleistungen und Bildung für jedermann erschwinglich. Friedenspolitik war oberstes Gebot.
14. Im Zentrum der Diffamierung der sozialistischen Eigentumsordnung steht das „Staatliche Eigentum“, das in der DDR in der Tat die dominierende Größe war.

Es ist dabei unstrittig, dass bei der Verstaatlichung der Bogen überspannt wurde und auch Kleinunternehmen, Gewerbetreibende und Einzelhandel weitgehend staatlich waren. Eigeninitiative wurde dadurch unterdrückt. Unstrittig ist jedoch, dass durch Staatsbesitz von Grund und Boden, Industrie, öffentlichen Dienstleistungen und Finanzwesen die ökonomischen Grundlagen geschaffen wurden, um eine sozial gerechte und friedliche Gesellschaftsordnung auszugestalten.

15. Gesellschaftliches Eigentum allein kennzeichnet noch nicht den Sozialismus. Es ist jedoch seine unabdingbare Voraussetzung und ökonomische Basis. Durch das gesamtgesellschaftliche Volkseigentum wird die Ausbeutung von Mensch und Natur zum Zwecke der persönlichen Bereicherung ohne eigene Arbeit unterbunden. Das entspricht dem Wesensmerkmal der sozialistischen Gesellschaft. Hinzu kommen muss ein demokratisch gestalteter und kontrollierter politischer Überbau.
16. Die heute kursierenden Vorstellungen, eine sozial gerechte Gesellschaft ohne Staatseigentum auszugestalten, sind auf Sand gebaut. Um soziale Gerechtigkeit in der Gesamtgesellschaft durchzusetzen, benötigt der Staat auch die ökonomischen Mittel dafür. Dass diese nicht auf dem Wege einer „gerechten“ Besteuerung zu beschaffen sind, beweist die Wirtschaftspraxis täglich in „beeindruckender“ Art und Weise.
17. Dem Staat muss die Möglichkeit gegeben werden, gesamtstaatliche Maßnahmen über die betrieblichen zu stellen. Dazu gehört auch und vorrangig eine gesamtstaatliche Strukturpolitik und Planung. Diese ist nur auf Basis staatlichen Eigentums möglich. „Verfügung“ ohne Besitz ist eine Illusion.
18. Genossenschaften, Mitarbeitergesellschaften sind in einer kapitalistischen Gesellschaft keine wirksame gesamtgesellschaftliche Alternative. Genossenschaftliches Eigentum privilegiert oder bestraft in Abhängigkeit vom Ertrag die Mitglieder der Genossenschaft. Es dient nicht der Allgemeinheit und ist deshalb nur auf bestimmten Gebieten nutzbar und zweckmäßig. In der DDR hat es sich in der Landwirtschaft, dem Wohnungsbau und dem Einzelhandel durchaus bewährt.
19. Die Lösung besteht auch nicht in der „umfassenden basisdemokratischen Mitbestimmung“ in Wirtschaftsfragen durch die Beschäftigten oder das „Volk“. Wenn linkspopulistische Forderungen dahin gehend erhoben werden, die Beschäftigten mögen über das „Was“, „Wofür“ und „Wie“ ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit selbst entscheiden, ist das selbstzerstörerisch. Über das „Was“ und „Wofür“ haben verantwortliche Leiter zu entscheiden, die darüber Rechenschaft abzulegen haben. „Das Volk“ ist nicht in der Lage die komplizierten wirtschaftlichen Prozesse – auch durch ständig „mediengerecht“ abgesenkten Bildungsstand – überhaupt zu überblicken. Mitbestimmung ohne die Besitzverhältnisse zu verändern ist ein Feigenblatt. Über das „Wie“ hatten die Beschäftigten in der „staatswirtschaftlichen“ DDR ein Mitspracherecht, wovon heutige Beschäftigte nur träumen können.
20. Die Veränderung der bestehenden Besitzverhältnisse ist ein Erfordernis aus mehreren bundesdeutschen Landesverfassungen und gemäß Grundgesetz

zulässig. „Eigentum verpflichtet“. Diese Bestimmungen werden durch die herrschende Politik nicht nur ignoriert, sondern in das Gegenteil verkehrt. Linke Opposition negiert diese Bestimmungen weitgehend und zögert, mit allen verfügbaren politischen und juristischen Möglichkeiten um die Durchsetzung zu ringen. Damit unterlässt sie es auch, um eine neue, den Kapitalismus überwindende, Gesellschaftsordnung zu ringen. Nur auf dieser Grundlage ist die Verbesserung der katastrophalen Entwicklung in dieser Welt möglich.

21. Da die parlamentarischen Parteien versagen, sind Volksbewegungen und außerparlamentarische Initiativen notwendig. Wir brauchen eine linke Volksbewegung ohne Gier nach Regierungsverantwortung als treibende Opposition. Dadurch ist Rechtspopulisten, die für sich in Anspruch nehmen, das System verändern zu wollen, das Wasser abzugraben. Prägendes Merkmal linker alternativer Politik sollte ein klares, in Inhalt und Sprache verständliches, antikapitalistisches Konzept ohne dogmatische Verklärungen sein, in dessen Mittelpunkt die Vergesellschaftung des Eigentums steht
22. Mit unserer Veranstaltung wollen wir dazu beitragen, diejenigen linken Kräfte zu stärken, die dieses Ziel verfolgen.